

Straßenbauverwaltung Baden – Württemberg					
Straße: L 566	Anfangsstation:	L 566 VNK	7115 023	NNK 7116 015	Station 1,745
	Endstation:	L 566 VNK	7115 023	NNK 7116 015	Station 5,143
Ausbau der Landesstraße L 566 mit BÜ-Beseitigung Mörsch BA II: Entwässerung im Wasserschutzgebiet Zone I, II und III					
PSP-Element-Nr.: V.2220.L0566.A01				05.04.2023	

FESTSTELLUNGSENTWURF

11.0 Vorbemerkungen - zum Regelungsverzeichnis -

- Deckblatt a -

Aufgestellt: Regierungspräsidium Karlsruhe Abt. 4 Mobilität, Verkehr, Straßen Ref. 44 Straßenplanung Karlsruhe, den 11.01.2021 gez. S. Häberle	

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	3
0. Abkürzungen	3
1. Allgemeines	3
2. Kostentragung	3
3. Grunderwerb	4
4. Kreuzende Straßen und Wege	4
5. Bepflanzung und Landschaftspflege	5
6. Entwässerungsanlagen	5
7. Ver- und Entsorgungsleitungen, Telekommunikationslinien	6
8. Notwendige Sperrphasen	6
9. Sonstiges	7

Vorbemerkungen

zum Regelungsverzeichnis

0. Abkürzungen

DN	Nenndurchmesser (in mm)
FFH	Flora und Fauna Habitat
LH	Lichte Höhe
LW	Lichte Weite
RKB	Regenklärbecken
RRB	Regenrückhaltebecken
StrG	Straßengesetz Baden-Württemberg
StVO	Straßenverkehrsordnung
TKG	Telekommunikationsgesetz
WG	Wassergesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WSG	Wasserschutzgebiet
RiStWag	Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten

1. Allgemeines

Das Regelungsverzeichnis enthält alle wesentlichen Angaben zur Straße, zu den Bauwerken und den betroffenen Anlagen, aber auch rechtliche Regelungen, die mit dem Planfeststellungsbeschluss verbindlich gemacht werden sollen.

Der Planfeststellungsbereich wird durch die Bezeichnungen „Baubeginn“, „Bauende und / oder durch die farbige Darstellung in den Plänen der Unterlage 5 bzw. 9 festgelegt. Die Maßnahme umfasst im Wesentlichen den Ausbau der Landesstraße 566 von Bau-km 0 + 384,472 bis 3 + 782,500. Ausgleichsmaßnahmen sind im näheren und weiteren Umfeld vorgesehen. Die Ausgleichsmaßnahme A I **a** (Forstrechtl. Ausgleich) ist auf Gemarkung ~~Rastatt~~ **Ettlingen** vorgesehen.

Das Land Baden-Württemberg, führt die in den vorliegenden Unterlagen beschriebenen und dargestellten Baumaßnahmen durch, soweit keine abweichenden Vereinbarungen vorliegen und keine abweichenden Regelungen und Vorschriften bestehen.

2. Kostentragung

Kostenträger für alle im Bauwerksverzeichnis beschriebenen Maßnahmen ist das Land Baden-Württemberg, soweit im Regelungsverzeichnis keine andere Regelung getroffen

ist, keine gesetzlichen Regelungen entgegenstehen bzw. keine abweichenden Vereinbarungen getroffen wurden bzw. werden.

Soweit im Bauwerksverzeichnis Entscheidungen über die Kostentragung enthalten sind, gelten diese nur vorbehaltlich abweichender vertraglicher oder sonstiger rechtsverbindlicher Regelungen.

3. Grunderwerb

Die Erwerbsflächen sind in Grunderwerbsplan (Unterlage 10.1) braun coloriert. Zur Durchführung des Bauvorhabens werden weitere Flächen vorübergehend benötigt; diese sind im Grunderwerbsplan grün dargestellt. Flächen, für die eine Grunddienstbarkeit eingetragen werden muss, sind hellblau koloriert.

Der Grunderwerb erfolgt freihändig.

Die Kosten für die Eintragung der Grunddienstbarkeiten und Entschädigung sowie Vermessung und Vermarkung trägt der Baulastträger, soweit keine abweichenden Vereinbarungen vorliegen und keine abweichenden Regelungen und Vorschriften bestehen.

4. Kreuzende Straßen und Wege

Die im Zuge der Baumaßnahme zu Lasten des Baulastträgers der Ausbaumaßnahme geänderten, verlegten oder als Ersatz für unterbrochene Straßen und Wege neu erstellten Strecken dieser Straßen und Wege werden Bestandteil der bisherigen Straßen und Wege mit gleichem Rechtscharakter.

Der bisherige Eigentümer und Unterhaltungspflichtige übernimmt daher auch für die neuen Strecken die Verpflichtung zur Unterhaltung und zur Erfüllung der wegepolizeilichen Vorschriften, soweit keine gesetzliche Regelung entgegensteht oder abweichende Vereinbarungen vorliegen.

Bei bestehenden und abzuändernden Anlagen hat der jeweilige Eigentümer ggf. einen Wertzuwachs auszugleichen.

Nicht mehr benötigte Straßenflächen werden eingezogen, abgebaut und ggf. rekultiviert. Die geänderten Wege werden Bestandteil der bisherigen Wege mit gleichem Rechtscharakter.

Für den Umfang der Unterhaltungspflicht vom Zeitpunkt der Übergabe an sind die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. Grundsätzlich erstreckt sich die Unterhaltung

auf die Fahrbahn, die unbefestigten Seitenstreifen und Böschungen, die Entwässerungsanlagen und das sonstige Zubehör der neu hergestellten oder umgebauten Straßen und Wege.

Die Befestigung der neuen ländlichen Wege ist bei den einzelnen Maßnahmen angegeben.

5. Bepflanzung und Landschaftspflege

Die vorgesehenen landschaftspflegerischen Maßnahmen sind in Unterlage 9.2 „Maßnahmenpläne“ dargestellt und in Unterlage 9.3 „Maßnahmenblätter“ beschrieben.

Der gesamte Baubereich wird auf Kosten des Baulastträgers durch Bepflanzung in die Landschaft eingefügt. Die Unterhaltungspflicht obliegt dem künftigen Eigentümer.

Die in Unterlage 9 "Landschaftspflegerische Maßnahmen" dargestellten und im Bauwerksverzeichnis aufgenommenen Kompensationsmaßnahmen werden auf Kosten des Baulastträgers hergestellt und die zugehörigen Flächen erworben oder mit einer Grunddienstbarkeit belastet.

Die Unterhaltung der erworbenen Flächen für Kompensationsmaßnahmen obliegt ebenfalls dem Baulastträger, vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung.

Abweichend kann vereinbart werden, dass diese Flächen an die Gemarkungsgemeinde oder sonstige Dritte abgetreten werden. Der künftige Eigentümer hat dann die Pflege und Unterhaltung zu übernehmen.

6. Entwässerungsanlagen

Die Straßenentwässerungsanlagen werden vom Baulastträger gebaut. Die Unterhaltungspflicht obliegt dem künftigen Eigentümer, soweit keine besonderen Vereinbarungen vorliegen.

Werden bestehende Anlagen geändert, hat der jeweilige Eigentümer ggf. eine Wertverbesserung auszugleichen.

7. Wasserrechtliche Tatbestände

Die Einleitung von Oberflächenwasser der Straße in oberirdische Gewässer und in den Untergrund bedarf der Erlaubnis gemäß §§ 8 WHG. Diese Erlaubnis wird – sofern notwendig – mit dem Planfeststellungsbeschluss ausgesprochen. Der Ausbau von Gewässern im Sinne des § 31 WHG ist Gegenstand des straßenrechtlichen

Planfeststellungsverfahrens. Dies gilt auch für Änderungen von Gewässern (Renaturierung), Anlage von Altwässern und Stillgewässern im Rahmen der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

8. Ver- und Entsorgungsleitungen, Telekommunikationslinien

Im Baubereich befinden sich Wasser-, Gas- und Stromversorgungsleitungen sowie Fernmeldekabel verschiedener Versorgungsunternehmen. Die Leitungen wurden, soweit bekannt, bei den Versorgungsunternehmen erkundet und in den Plänen dargestellt. Auf die mögliche Unvollständigkeit und Lageungenauigkeit wird ausdrücklich hingewiesen.

Notwendige Änderungen und Schutzmaßnahmen an Ver- und Entsorgungsleitungen werden im Planfeststellungsverfahren nur dem Grunde nach geregelt (ob und wie). Die Kostentragung wird gemäß der derzeit geltenden Rechtslage außerhalb des Planfeststellungsverfahrens geregelt. Im Übrigen richtet sich die Kostentragung nach den zwischen Straßenbauverwaltung und Versorgungsunternehmen bereits abgeschlossenen Vereinbarungen.

Künftige Kreuzungs- bzw. Nutzungsverhältnisse von Ver- und Entsorgungsleitungen werden durch Gestattungsverträge geregelt.

Die Kostenlast für das Verlegen der Leitungen etc. ist nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze, Verträge oder nach Maßgabe des Entschädigungsrechts zu übernehmen.

Die Unterhaltungspflicht für die Leitungen verbleibt beim Leitungsträger, der auch die Kosten für eine evtl. Wertverbesserung zu übernehmen hat.

Die Kostentragung für Verlegungs- oder Anpassungsmaßnahmen an Telekommunikationslinien richtet sich nach den §§ 68 ff. des Telekommunikationsgesetzes (TKG).

9. Straßensperrungen, Umleitungen, Zufahrten

Die Umsetzung ist aufgrund der bestandsnahen Trassenführung nur mit einer Vollsperrung möglich. Der überregionale Verkehr muss dabei weiträumig über die K 3581 umgeleitet werden.

Während der Bauzeit kann die Baustelle über das bestehende Straßennetz jeweils von Rheinstetten-Mörsch und von Ettlingen aus angefahren werden.

Landwirtschaftliche Flächen, die bisher über die L 566 erschlossen waren, sind über das örtliche Wirtschaftswegenetz zu erreichen.

Soweit während der Bauzeit öffentliche Straßen und Wege gesperrt werden müssen oder Umleitungen notwendig werden, gelten hierfür die Bestimmungen des § 14 StrG „Beschränkung des Gemeingebrauchs, Ersatzweg“, § 16 StrG „Sondernutzung“, § 18 StrG „Zufahrt und Zugang“ sowie § 35 StrG „Umleitungen“.

10. Widmung

Die neu zu bauenden Straßen bzw. Straßenbestandteile werden entsprechend ihrer im Regelungsverzeichnis angegebenen Verkehrsbedeutung gewidmet, wobei die Widmung mit der Verkehrsübergabe wirksam wird, sofern die Widmungsvoraussetzungen zu diesem Zeitpunkt vorliegen (§ 5 StrG).

11. Sonstiges

Die Kilometerangaben der Spalte 2 beziehen sich auf die Baukilometrierung der Landesstraße. Die Angaben „rechts“ und „links“ im Bauwerksverzeichnis beziehen sich auf die Richtung der Kilometrierung der Landesstraße.